

Deutscher Gewerkschaftsbund



REDE

Ausbildungsreport 2014

Florian Haggemiller

DGB- Bundesjugendsekretär

4. September 2014

Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

DGB-Bundesvorstand Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30 24060-211 Fax: +49 30 24060-324

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Jahren beobachten wir eine merkwürdige Situation. Die Betriebe beklagen sich über unbesetzte Plätze und gleichzeitig bleibt ein deutlich höherer Anteil junger Menschen, die gerne eine Ausbildung beginnen würden, ohne Ausbildungsplatz zurück. Zweifelsohne ist die Situation in den letzten Jahren auf dem Ausbildungsmarkt auch immer unübersichtlicher geworden. Es gibt sowohl große regionale wie auch Branchenunterschiede.

Bundesweit betrachtet zeigen sich allerdings beunruhigende Entwicklungen: noch nie wurden im wiedervereinigten Deutschland so wenig Ausbildungsverträge abgeschlossen wie im letzten Jahr, mit gerade einmal 530.714. Gleichzeitig ist der Anteil der Betriebe, die ausbilden, ebenfalls auf einen neuen Tiefstand gesunken – auf nun gerade noch 21,3 Prozent. Zum Vergleich: 55 Prozent der Betriebe erfüllen die formalen Ausbildungsvoraussetzungen. Die Folgen dieser Entwicklung müssen die jungen Menschen ausbaden. Gerade einmal 65 Prozent der Ausbildungsinteressierten haben auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen.

Ein Blick auf die Berufe, die Besetzungsprobleme haben, zeigt, dass es sich dabei oftmals um die Berufe handelt, die massive Probleme mit der Ausbildungsqualität haben. Darauf werde ich später noch zu sprechen kommen.

Der hohe Anteil von jungen Menschen in Warteschleifen oder sonstigen mehr oder weniger freiwillig gewählten Alternativen ist unerträglich. Wir brauchen daher dringend eine gesetzliche Ausbildungsgarantie, die sicherstellt, dass alle Ausbildungsinteressierten, egal welchen Schulabschluss, sozialen, ethnischen oder sonstigen individuellen Hintergrund sie haben, eine faire Chance und einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz bekommen.

Allianz für Aus- und Weiterbildung

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, gemeinsam mit den Ländern, den Gewerkschaften und den Spitzenverbänden der Wirtschaft eine Allianz für Aus- und Weiterbildung zu gründen. Kernthemen der Allianz sollen nach dem Wunsch der Großen Koalition die Umsetzung der Ausbildungsgarantie, eine höhere Qualität in der betrieblichen Ausbildung sowie der Abbau der Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung sein. Dies sind vernünftige Forderungen, die der DGB seit Jahren stellt. Entscheidend wird sein, dass wir in diesen Punkten zu belastbaren Vereinbarungen kommen. Wir stehen erst am Beginn der Gespräche. Klar ist, dass die Allianz kein Selbstzweck ist. Am Ende muss sich die Situation für die jungen Menschen spürbar verbessern. Davon wird dann abhängen, ob es eine Allianz geben wird oder nicht.

Ausbildungsreport

Ob sich die Situation für die Auszubildenden verbessert, hängt auch mit der Ausbildungsqualität zusammen, um die es in unserem Ausbildungsreport geht. Seit mittlerweile neun Jahren befragt die DGB-Jugend DIE Expertinnen und Experten für das Thema: nämlich die Auszubildenden. Diese wissen am besten, was in ihrer Ausbildung gut läuft und was nicht.

An der diesjährigen Befragung haben sich insgesamt 18.357 Auszubildende aus den 25 laut Bundesinstitut für Berufsbildung häufigsten Ausbildungsberufen beteiligt. Es wurden Auszubildende aus betrieblicher und dualer Ausbildung befragt, aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlichster Größe. Mit dieser enormen Datengrundlage gibt der Ausbildungsreport einen repräsentativen Überblick über die Ausbildungsqualität und hat sich längst etabliert als Gradmesser für die Ausbildungsbedingungen in Deutschland.

Ich möchte zunächst die wichtigsten Ergebnisse des Ausbildungsreports vorstellen, bevor ich dann auf einzelne Aspekte etwas genauer eingehen werde.

Branchenunterschiede

Der Ausbildungsreport zeigt erneut, dass es große Unterschiede bei der Ausbildungsqualität in den verschiedenen Branchen gibt. Die Bewertung der einzelnen Berufe hat sich in den letzten Jahren dabei nicht verändert:

Unverändert sind an der Spitze mit den Industriemechaniker_innen und Industrie- und Bankkaufleuten, die Berufe, in denen die Auszubildenden eine qualitativ gute Ausbildung bekommen.

Unverändert sind aber leider auch die Berufe mit den schlechtesten Bewertungen: Fachverkäufer_innen im Lebensmittelhandwerk, Hotelfachleute, Maler_innen und Lackierer_innen sowie Köche und Köchinnen klagen nach wie vor über die oftmals vorherrschenden schlechten Ausbildungsbedingungen. Die miese Qualität in diesen Berufen ist oftmals unmittelbar mit klaren Gesetzesverstößen verbunden. Daher ist es ein Skandal, dass sich hier in den letzten Jahren nichts verändert hat.

Ausbildungszufriedenheit

71,4 Prozent der befragten Auszubildenden sind mit der Qualität ihrer Ausbildung zufrieden. Das ist erfreulich. Im Vergleich zu den letzten Jahren hat sich dieser Wert allerdings etwas verschlechtert. Wir werden weiter sehr genau hinschauen, ob sich hier über die Jahre eine allgemeine Tendenz abzeichnet. Die Zahl darf aber auch nicht über die bestehenden Probleme hinwegsehen lassen.

Ausbildungsfremde Tätigkeiten

Dazu gehört das Verrichten von ausbildungsfremden Tätigkeiten. 11,7 Prozent der Auszubildenden müssen nach eigenen Angaben regelmäßig Aufgaben erledigen, die eindeutig nicht zur Ausbildung gehören. Auch hier ist der Anteil der betroffenen Jugendlichen im Vergleich zum letzten Jahr angestiegen, 2013 waren es 10 Prozent.

Fachliche Anleitung

Auch bei der Betreuung durch eine Ausbilderin oder einen Ausbilder gibt es weiterhin Defizite. Im Berufsbildungsgesetz ist die Frage der fachlichen Anleitung klar definiert, die persönliche Betreuung durch einen Ausbilder ist notwendig, denn Auszubildende müssen nachfragen und sich weiter entwickeln können. In der Realität zeigt sich leider ein anderes Bild: Fast jeder vierzehnte Befragte hat gar keinen Ausbilder (7,4 Prozent), und bei weiteren 10,8 Prozent steht die Ausbilderin oder der Ausbilder selten oder nie zur Verfügung.

Überstunden

Klar geregelte Ausbildungsrahmenpläne und deren konkrete Umsetzung in einen betrieblichen Ausbildungsplan sehen keine Überstunden in der Ausbildung vor. Fallen sie dennoch an, ist im Berufsbildungsgesetz klar geregelt, dass sie besonders vergütet oder durch Freizeit ausgeglichen werden müssen. Nach wie vor muss über ein Drittel der Auszubildenden (36,6 Prozent) regelmäßig Überstunden leisten. Im Durchschnitt waren das 4,7 Stunden pro Woche. Noch immer bekommt jeder sechste Auszubildende überhaupt keinen Ausgleich (17,1 Prozent). Für die Auszubildenden ist es oftmals schwierig, sich gegen Überstunden und einen ausbleibenden Ausgleich zu wehren, denn sie wollen einen guten Eindruck machen und nach ihrer Abschlussprüfung übernommen werden.

Übernahme

Die Realität sieht leider immer noch häufig anders aus: Von den Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr haben lediglich 39,3 Prozent zum Zeitpunkt der Befragung eine Zusage für eine Übernahme bekommen.

Berufswahl und Ausbildungszufriedenheit

Ein wichtiger Aspekt, der bei der Frage um die Ausbildungszufriedenheit und den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung erwähnt werden muss, ist die Frage des Wunschberufes. Oftmals ist von der Wirtschaftsseite zu hören, junge Menschen müssten flexibler bei ihrer Berufswahl sein und dürften sich nicht nur an ihrem Lieblingsberuf orientieren, dann würde es auch mit dem Ausbildungsplatz klappen.

Die Ergebnisse des Ausbildungsreports zeichnen ein anderes Bild. Die Auszubildenden sind bei ihrer Berufswahl wesentlich flexibler, als solche pauschalen Aussagen vermitteln wollen: So macht ein Drittel der Befragten die Ausbildung im Wunschberuf, 40 Prozent in einem von mehreren interessanten Berufen, mehr als jeder und jede Fünfte (21,5 Prozent) in einer Alternative, die eigentlich nicht geplant war, und 6,3 Prozent haben eine Notlösung gewählt.

Die Ergebnisse des Ausbildungsreports zeigen aber auch, wie wichtig die Wahl des richtigen Ausbildungsberufs für den weiteren Ausbildungsverlauf ist.

So sind 81 Prozent der Auszubildenden in ihrem Wunschberuf sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrer Ausbildung. Je weniger der realisierte Ausbildungsberuf den Berufswünschen der Auszubildenden entspricht, desto unzufriedener sind diese mit ihrer Ausbildung.

Eine gewisse Flexibilität ist bei der Berufswahl sicherlich notwendig und hilfreich. Dies darf aber nicht dazu führen, dass sich die Ausbildungsinteressierten bei ihrer Berufswahl ausschließlich davon leiten lassen, welche Ausbildungsberufe voraussichtlich für sie erreichbar sind oder welche Berufe gerade „vom Markt gefordert werden“ und dabei ihre eigenen Interessen völlig hintenanstellen.

Zusammenhang Interessenvertretung und Ausbildungszufriedenheit

Wie wichtig die Arbeit einer betrieblichen Interessenvertretung für die Ausbildungsqualität ist, zeigt der Ausbildungsreport eindrücklich. 41,3 Prozent der Auszubildenden haben angegeben, in ihrem Betrieb eine Interessenvertretung zu haben, also einen Betriebsrat oder eine Jugend- und Auszubildendenvertretung. Bei dieser Gruppe liegt der Anteil derer, die mit ihrer Ausbildung sehr zufrieden oder zufrieden sind, bei 81,4 Prozent. Zum Vergleich: von den Auszubildenden, die keine Interessenvertretung haben, sind nur 61,1 Prozent mit ihrer Ausbildung zufrieden.

Das Ergebnis zeigt: Die Interessenvertretung macht den Unterschied. Dieser Hinweis ist mir gerade dieses Jahr besonders wichtig, denn ab Oktober können die Auszubildenden und jungen Beschäftigten wieder in ihren Betrieben ihre Jugend- und Auszubildendenvertretungen wählen.

Jugendarbeitsschutzgesetz

Auf ein Ergebnis möchte ich gerne etwas genauer eingehen. Auszubildende unter 18 Jahren benötigen einen besonderen Arbeitsschutz. Genau dafür gibt es das Jugendarbeitsschutzgesetz, das den besonderen Bedürfnissen und der Lebenssituation der jungen Auszubildenden sicherstellen soll. Ein Anliegen, auf das viele Betriebe aber keinerlei Rücksicht nehmen.

13,2 Prozent der Auszubildenden unter 18 Jahren müssen mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten, ein klarer Gesetzesverstoß. Dass diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken ist (2013: 16,5 Prozent), ist zwar erfreulich, hilft den Betroffenen dabei auch nicht weiter. Knapp über 7 Prozent der unter 18-Jährigen müssen sogar, entgegen der Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, mehr als fünf Tage in der Woche im Betrieb arbeiten.

Auch hier gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen: Die traurigen Spitzenreiter sind die Hotelfachleute, dicht gefolgt von den Köchinnen und Köchen. Von ihnen müssen 60 bzw. 59,8 Prozent (!) der unter 18-Jährigen über 40 Stunden die Woche arbeiten. Bei den Fachverkäufer_innen im Lebensmittelhandwerk müssen 32,7 Prozent und bei den Hotelfachleuten 24,2 Prozent der unter 18-Jährigen mehr als fünf Tage in der Woche arbeiten.

Erschreckend sind sowohl die Zahlen, aber auch, dass den Verstößen kaum nachgegangen wird. Es mangelt an notwendigen Kontrollen der Betriebe und der Zahl der Kontrolleure. In manchen Bundesländern gibt es sogar die Anweisung, dass nur noch kontrolliert werden soll, wenn es zuvor Klagen gab. Und in den seltenen Fällen, in denen es noch Kontrollen gibt, werden diese vorher angekündigt, sodass die Betriebe sich schon entsprechend vorbereiten können. Hier muss sich dringend etwas ändern und das notwendige Personal mit der entsprechenden Sensibilisierung für das Thema bereitgestellt werden.

Vertragslösungsquoten und Ausbildungsqualität

Es ist kein Zufall, dass gerade jene Branchen über Fachkräftemangel klagen, in denen es große Probleme mit der Ausbildungsqualität gibt. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Vertragslösungsquoten, die im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung jedes Jahr veröffentlicht werden. Im Durchschnitt ist dieser Wert in den letzten Jahren immer weiter angestiegen auf zuletzt 24,4 Prozent, d. h. fast jeder vierte Ausbildungsvertrag wurde vorzeitig beendet.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Ausbildungsreports zeigt, dass es in den Berufen, die eine gute Ausbildungsqualität haben, durchgängig unterdurchschnittliche Vertragslösungsquoten gab, z. B. 6,1 Prozent bei den Bankkaufleuten oder 7,5 Prozent bei den Industriekaufleuten. In den Berufen, in denen die Auszubildenden über massive Probleme klagen, sind deutlich überdurchschnittliche Vertragslösungsquoten festzustellen. So haben 48,4 Prozent aller angehenden Köche und Köchinnen ihre Ausbildung frühzeitig abgebrochen und 41 Prozent der Fachverkäufer_innen im Lebensmittelhandwerk. Gerade diese Berufe beklagen sich über einen hohen Anteil unbesetzter Ausbildungsplätze. Es kann doch niemanden ernsthaft verwundern, dass miserable Ausbildungsbedingungen Auswirkungen haben. Die jungen Menschen stimmen – wo sie es können – einfach mit den Füßen ab und machen einen Bogen um diese Berufe. Statt über unbesetzte Stellen und einen Fachkräftemangel zu klagen, sollten diese Betriebe lieber eine gute Ausbildung mit professionellen Rahmenbedingungen bereitstellen. Dazu gehören auch qualifiziertes Betreuungspersonal, die Einhaltung der Ausbildungsrahmenpläne sowie die Einhaltung der Arbeitszeiten.

Die Betriebe haben es selber in der Hand. Wer Fachkräfte für die Zukunft sichern will, muss sich an die eigene Nase fassen und bei der Ausbildungsqualität ansetzen.

Lebenssituation

Das Schwerpunktthema des diesjährigen Ausbildungsreports ist die Lebenssituation junger Auszubildender.

In den letzten Jahren ist das Einstiegsalter der jungen Menschen bei Ausbildungsbeginn immer weiter angestiegen.

1993 waren die Auszubildenden bei Ausbildungsbeginn noch durchschnittlich 18,5 Jahre alt, 2012 waren sie im Schnitt 20 Jahre. Gründe hierfür sind längere Schulzeiten, höhere Schulabschlüsse der Auszubildenden und verlängerte Übergangsprozesse in die Berufsausbildung.

Das gestiegene Alter ändert die Sichtweise auf die Lebenssituation der Auszubildenden. Je älter diese sind, desto mehr gewinnt der Anspruch, ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, an Bedeutung. Grund genug, sich den Ist-Zustand genauer anzuschauen.

Wohnsituation

Die meisten Auszubildenden wohnen bei ihren Eltern oder anderen Verwandten (71,3 Prozent), knapp ein Viertel (24,2 Prozent) in einer eigenen Wohnung. Kaum eine Rolle spielen Wohngemeinschaften mit 3,5 Prozent und Wohnheime mit 1 Prozent.

Der Trend zur eigenen Wohnung nimmt dabei im Lauf der Ausbildung mit jedem Ausbildungsjahr zu und zeigt, dass ein selbstständiges Leben mit zunehmendem Alter an Bedeutung gewinnt.

Insgesamt ist der Großteil der Auszubildenden mit der eigenen Wohnsituation zufrieden oder sehr zufrieden (88,1 Prozent). 9,4 Prozent sind eher unzufrieden und 2,4 Prozent waren sehr unzufrieden.

Erwartungsgemäß haben die Auszubildenden, die in einer eigenen Wohnung leben (79,2 Prozent), ihre Wohnsituation selbst gewählt.

Finanzielle Gründe für die Wohnsituation waren vor allem dann ausschlaggebend, wenn die Auszubildenden noch bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen (46 Prozent).

Nicht einmal ein Drittel der Auszubildenden kann sich eine eigene Wohnung ausschließlich von der eigenen Ausbildungsvergütung leisten (28,9 Prozent). Die meisten erhalten zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form staatlicher Unterstützung (36,5 Prozent) oder aus dem familiären Umfeld (35,2 Prozent).

Von den Auszubildenden, die bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen, bekommen 60,4 Prozent keine zusätzliche finanzielle Unterstützung, immerhin gute 30 Prozent werden jedoch von ihrer Familie auch finanziell unterstützt.

Finanzielle Situation

Lediglich die Hälfte der Auszubildenden kommt ohne weitere finanzielle Unterstützung mit ihrer Ausbildungsvergütung klar. Etwa ein Drittel erhält darüber hinaus finanzielle Hilfe aus dem familiären Umfeld, 12,5 Prozent bekommen staatliche Leistungen (Berufsausbildungsbeihilfe bzw. Mietzuschuss) und weitere 11,5 Prozent haben angegeben, neben ihrer Ausbildung noch einem Nebenjob nachzugehen.

Auch hier gibt es große Unterschiede bei den Ausbildungsberufen. Während 64,4 Prozent der Industriemechaniker_innen und 63,9 Prozent der Bankkaufleute angeben, ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung mit ihrer Ausbildungsvergütung zurechtzukommen, liegt dieser Anteil bei den Hotelfachleuten mit 33,7 Prozent und bei den Friseur_innen mit 30,4 Prozent noch einmal deutlich niedriger. Hier zeigen sich die großen Unterschiede bei der Ausbildungsvergütung zwischen den einzelnen Berufen.

Darüber hinaus fallen für viele Auszubildende zusätzliche Kosten im Rahmen der Ausbildung an. Am stärksten ins Gewicht fallen dabei die Fahrtkosten, die bei knapp drei Viertel der Auszubildenden (73 Prozent) anfallen. Durchschnittlich müssen die betroffenen Auszubildenden dafür pro Jahr 644 Euro aufwenden. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden (55,8 Prozent) muss auch Geld für Schulmaterialien wie Bücher etc. ausgeben.

Hier liegen die durchschnittlichen Kosten mit 62 Euro jedoch deutlich niedriger.

Zusätzliche Kosten für Arbeitsmaterialien betreffen immerhin noch 14,2 Prozent der Auszubildenden (durchschnittlich 142 Euro) und Kosten für Lehrgänge und Blockunterricht entstanden bei 8,3 Prozent (durchschnittlich 282 Euro).

Auffällig sind vor allem die anfallenden zusätzlichen Kosten bei einigen Ausbildungsberufen. So müssen 56,1 Prozent der Köch_innen und 46,7 Prozent der Friseur_innen Hotelfachleute eigene Arbeitsmaterialien kaufen. Die Köch_innen müssen für die Arbeitsmaterialien durchschnittlich 360

Euro im Jahr aufbringen und die Friseur_innen 247 Euro.

Fazit und Forderungen

Es ist wichtig für junge Menschen, dass nach der Schule der Einstieg ins Berufsleben gelingt. Gleichzeitig brauchen wir junge Menschen als qualifizierte Fachkräfte von morgen. Darum muss die qualifizierte und gute Ausbildung junger Menschen absolute Priorität haben – für die Politik, aber vor allem für die Unternehmen. Es muss das Ziel sein, dass die Qualität der Ausbildung hoch bleibt, wo sie gut ist und sich dort verbessert, wo es Defizite gibt. Die ausbildenden Betriebe übernehmen eine große Verantwortung, der die meisten, aber leider längst nicht alle gerecht werden, wie der Ausbildungsreport erneut zeigt.

Erschreckenderweise bleiben die bekannten Probleme und Verstöße insgesamt auf einem anhaltend hohen Niveau. Daran hat alles Klagen über unbesetzte Ausbildungsstellen und hohe Vertragslösungsquoten nichts ändern können. An der einen oder anderen Stelle sind die Zahlen sogar etwas schlechter geworden.

Es bleibt unbegreiflich, dass einzelne Branchen wie etwa das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Handelsberufe und Teile des Handwerks Jahr für Jahr schlecht abschneiden, in manchen Berufen die Auszubildenden davon laufen und trotzdem nichts passiert. Die DGB-Jugend hat drei Forderungen, wie sich die Situation für die Auszubildenden verbessern und damit die Fachkräfte

von morgen sichern lassen.

1. Ausbildungsplatzgarantie

Bundesweit betrachtet gibt es – bei einer regional und branchenspezifisch sehr unterschiedlichen Situation – nach wie vor nicht für jede_n Ausbildungsinteressierte_n einen Ausbildungsplatz. Besonders junge Menschen ohne Schulabschluss oder mit einem Hauptschulabschluss haben Probleme, in Ausbildung zu kommen. Wir brauchen einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz für alle Ausbildungsinteressierten. Dazu gehört auch ein Angebot an Ausbildungsplätzen, das eine Auswahl zulässt. Um die Betriebe wieder stärker an der Ausbildung zu beteiligen, soll eine solidarische Umlagefinanzierung eingeführt werden.

2. Einführung eines Qualitätsmanagements

Die Gewerkschaftsjugend fordert die Einführung eines Qualitätsmanagements für die duale Berufsausbildung. Die ausbildenden Betriebe müssen klare Kompetenz- und Qualitätsstandards erfüllen. Bei der Einrichtung und Überprüfung der Qualitätsstandards sind die Gewerkschaften zu beteiligen. Neben der Ausstattung der Ausbildungsstätten und zeitgemäßer Ausbildungsmaterialien müssen auf jeden Fall regelmäßige fachliche und pädagogische Qualifizierungen und Schulungen der Ausbilder_innen und dem an der Ausbildung beteiligten Ausbildungspersonal sichergestellt sein.

3. Wirksame Kontrollen

Ob Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsbildungs- oder Arbeitszeitgesetz – für viele Auszubildende bestimmter Branchen gehört die Nichteinhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zum Alltag. Diese Missstände in einzelnen Betrieben müssen schneller erkannt und beseitigt werden. Auf Beschwerden von Auszubildenden muss reagiert werden und es bedarf eigenständiger Kontrollen. Um einer Überwachungsfunktion überhaupt nachkommen zu können, muss die Zahl der Ausbildungsberater dringend erhöht werden. Wo gravierende Mängel und Verstöße festgestellt werden, darf auch vor Sanktionen – sei es durch Strafzahlungen oder notfalls die Entziehung der Ausbildungsberechtigung – nicht zurückgeschreckt werden.

Die Kammern scheinen in ihrer Doppelfunktion als zuständige Kontrollstelle und Interessenvertretung der Arbeitgeber überfordert zu sein. Wenn die Kammern dieser Aufgabe nicht nachkommen können, brauchen wir eine unabhängige Kontrollinstanz.